

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Schilling und der Fraktion DIE GRÜNEN

Luftbetankungsübungen, insbesondere im Raum Badbergen, Quakenbrück, Menslage und Gehrde (Niedersachsen)

Seit Sommer 1987 finden im Raum Badbergen, Quakenbrück, Menslage und Gehrde verstärkt Luftbetankungsübungen in niedrigen Flughöhen statt. Insbesondere im Dezember 1988 nahm diese Belastung zu. Die Bewohner berichten übereinstimmend von gut sichtbaren und hörbaren Luftbetankungsübungen, welche weit unter 3000 Metern stattfinden. Nachts sind diese Übungen auch beleuchtet. Sie dauern jeweils von ca. 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr an und werden mit jeweils einem oder zwei Luftbetankungsflugzeugen sowie mehreren Kampfjets durchgeführt, so z. B. am 5., 6., 7., 20., 22. und 27. Dezember 1988 sowie am 4., 10. und 12. Januar 1989.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Über welchen Gebieten in der Bundesrepublik Deutschland finden diese Luftbetankungsübungen statt?
2. Welche Streitkräfte verfügen über wie viele Luftbetankungsfahrzeuge?
3. Wieviel Liter Kerosin faßt ein Luftbetankungsfahrzeug?
4. Um welche Flugzeugtypen handelt es sich im einzelnen?
5. Welche besonderen Maßnahmen werden ergriffen, um bei einem Unfall verstärkt, den Folgen entsprechend, der erhöhten Gefährdung gerecht zu werden?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdung der Bevölkerung, die durch die schwierigen Flugmanöver und durch die besondere Nähe der Flugzeuge bestehen?
7. Kann es dazu kommen, daß Kerosin bei den Betankungen freigesetzt wird?
Wie verläuft der (technische) Betankungsvorgang?
8. Gibt es Untersuchungen über die dabei entstehenden Lärmbelastungen?
9. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Betankungsübungen einzustellen?

10. Die betroffene Bevölkerung ist nach dem Absturz in Remscheid stark beunruhigt. Der Lärm wird als dumpfes, unerträgliches Geräusch beschrieben. Anrufe bei der FLIZ in Köln haben bisher keine Reaktion (Maßnahmen oder Schreiben an die Anrufer) zur Folge gehabt.

Will die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, die den Reaktionen der Bevölkerung gerecht werden?

Bonn, den 13. Februar 1989

Frau Schilling

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion